

Thema I

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker =
Organo indipendente per logistica = Organ independenta per
logistichers = Organ indépendant pour les logisticiens**

Band (Jahr): **82 (2009)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sicherheitspolitischer Bericht der Schweiz 2009

Neuer Wind

Mit dem neuen Chef des Eidgenössischen Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) hat ein neuer Wind bezüglich Sicherheitspolitik und Armee Einzug gehalten. Für den neuen sicherheitspolitischen Bericht der Schweiz 2009 heisst die Vorgabe breite Abstützung und grosse Transparenz. Eine ganz neue Tonlage gegenüber früher.

Der sicherheitspolitische Bericht 2009 des Bundesrates soll durch Hearings breit abgestützt werden. Vom 27. Februar bis 24. April 2009 werden an acht Tagen 46 Organisationen bzw. Einzelpersonen, darunter 11 sicherheitspolitische Experten aus dem Ausland angehört. Der Chef VBS, Vertreter des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA), des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes (EJPD) und der Kantone werden den Hearings beiwohnen. Die Anhörungen sollen aufgezeichnet und auf einer Internet-Homepage der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich veröffentlicht werden. Die Absicht ist, dass ein breiter und konstruktiver Dialog entsteht.

Jeder Anzuhörende hat Gelegenheit, seine Anliegen zum neuen Bericht über die Sicherheitspolitik während maximal 30 Minuten mündlich vorzutragen, anschliessend sollen in 30 Minuten Fragen der Anhörenden beantwortet werden.

Die Angehörten sind eingeladen, sich zu folgenden Fragen und Themen zu äussern:

- Was sind die grossen sicherheitspolitischen Trends in den letzten Jahren und für die nächsten 5 bis 15 Jahre?
- Was verstehen Sie unter Sicherheitspolitik?
- Was sind die gefährlichsten Bedrohungen und Gefahren für die Sicherheit der Schweiz und ihrer Einwohner in den nächsten 5 bis 15 Jahren?
- Was sind die nationalen Sicherheitsinteressen der Schweiz?
- Welche Grundstrategie soll die Schweiz in ihrer Sicherheitspolitik verfolgen (z.B. möglichst grosse Autonomie, Kooperation, Beitritt zu einer Militäralianz)?
- Was ist der Stellenwert der Neutralität für die Sicherheitspolitik der Schweiz?
- Was sollen die Aufgaben der Armee sein, und wie wichtig ist jede davon?

Grundlagen, Bedrohungen

Die Notwendigkeit einer politischen Basis für die Armee als Grundlage für die Formulierung ihres Auftrages ist unbestritten. In den letzten Jahren hat die Unterstützung der Armee durch die Politik abgenommen. Zur Stärkung der Armee muss zuerst ein (politischer) Konsens gefunden werden; was soll die Armee können und müssen, welchen Auftrag hat sie, wo sind Schwergewichte zu setzen?

Die Armee darf sich nicht selber die Ausrichtung geben. Eine grundlegende sicherheitspolitische Diskussion hat seit längerer Zeit nicht mehr stattgefunden. Wo das Fundament fehlt, kann nicht gebaut werden.

Sicherheitspolitik ist die Gesamtheit der staatlichen Massnahmen, die zur Erkennung, Vermeidung oder Bewältigung von Gefahren und Gewalt von strategischem Ausmass dienen, die ausserhalb oder innerhalb des Landes auftreten können. Die Sicherheitspolitik muss für die Umsetzung der erwähnten Massnahmen auch eine staatliche Strategie zur Bereitstellung bzw. zum koordinierten Einsatz der sicherheitspolitischen Instrumente beinhalten. Aus dem neuen sicherheitspolitischen Bericht muss die sicherheitspolitische Gesamtstrategie hervorgehen.

Ein Trend ist die fortgesetzte Entstaatlichung von Konflikten und die weltweite Zunahme der Instabilität. Zu nennen sind die Verletzlichkeit der globalisierten Wirtschaft, die Folgen des Klimawandels, die Zunahme der Migration aufgrund des weltweiten Bevölkerungswachstums.

Die aktuellen asymmetrischen Konflikte sind unberechenbar, der internationale Terror ist im Zunehmen, ebenso die globale Unsicherheit.

Die beste Armee der Welt basiert auf der Grundlage des besten sicherheitspolitischen Berichtes der Welt.

Vor der Schweiz machen die Bedrohungen nicht halt; sie treten als Vielzahl von Risiken auf, die zu analysieren sind. Es sind dies asymmetrische Gefahren wie Katastrophen und Konflikte, aber auch symmetrische wie eine militärische Aggression.

Aufgrund dieser Bedrohungslage ist die Aufgabe der Nachrichtendienste die Konflikterkennung. Zuständig für Verteidigung des Landes und seiner Bevölkerung ist die Armee.

Sicherheit und Strategie

Sicherheitsinteressen der Schweiz sind z.B. gesicherte Lebensgrundlagen wie genügende natürliche Ressourcen, eine florierende Wirtschaft, die Verfügbarkeit von Energie und Information und funktionierende Institutionen. Die Schweiz hat ferner ein Interesse an einem stabilen Umfeld im In- und Ausland, an der Wahrung von Unabhängigkeit und Souveränität und der Respektierung ihrer Werte.

Ein Faktor für die Sicherheitspolitik ist auch die Neutralität, welche sich als Maxime der Schweiz bewährt hat. Im In- und Ausland ist sie verankert und anerkannt, deshalb soll sie beibehalten werden. Als Mittel der Sicherheitspolitik ist sie aktiv anzuwenden, ohne dass sie eine Kooperation mit andern Ländern einschränkt.

Die Schweiz soll als unabhängiger Kleinstaat in Europa mit ihrer bewaffneten Neutralität bestehen bleiben. Territorium und Luftraum müssen geschützt und die Neutralität gewahrt werden. Es sind weiterhin gute Dienste zu leisten, aber auch Friedensförderungseinsätze mit bewaffneten Truppen der Armee. Die Schweiz hat auch künftig ihre sicherheitspolitischen Interessen autonom zu wahren, dadurch bewahrt sie Handlungsfreiheit. Dies schliesst eine Zusammenarbeit über die Grenzen nicht aus, wobei diverse Instrumente angewendet werden können.

Die Kooperation im Innern ist zu verstärken und zu optimieren; dazu gehört ein Konzept der inneren Sicherheit mit einer Kompetenzzuweisung an Bund und Kantone. Eine mögliche sicherheitspo-

SOMMAIRE

Le département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS) est en train d'établir un nouveau rapport sur la politique de sécurité de la Suisse jusqu'à la fin de l'année 2009. Une discussion ouverte servira d'arriver à un accord politique en matière de sécurité du pays.

«Wir haben alles im Griff»

2006 zeigte eine Untersuchung der Universität Leicester (GB) auf, dass die Schweiz hinter Dänemark das zweitglücklichste Land sei. 1999 bekräftigte alt Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold, aufgrund des Zwischenberichts der gemischten Arbeitsgruppe Bund/Kantone das gesamte System der inneren Sicherheit Schweiz zu überprüfen. Das Center for Security Studies (CSS) bringt in Kooperation mit der Militärakademie (MILAK) die jährliche Studie «Sicherheit» heraus, welche mittels Repräsentativumfragen Trends in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Schweizer Bevölkerung aufzeigt. Vor wenigen Tagen wurden die ersten Resultate der Umfrage zur diesjährigen Ausgabe «Sicherheit 2009» präsentiert. Publiziert wird der komplette Bericht jedoch erst am 22. Juni. Für die Studie wurden zwischen dem 7. bis 28. Januar von Isopublic 1200 Personen aus allen Sprachregionen telefonisch befragt. Zum Zeitpunkt der Befragung fühlte sich die Mehrheit der Befragten sicher und blickte (noch) optimistisch in die Zukunft, wenn auch etwas verhaltener als dies 2008 der Fall war. Die Befragten nehmen schwergewichtig die Umweltzerstörung (3,5 Punkte auf einer 5er-Skala), die weltweite Verknappung der Rohstoffe (3,4), die Wirtschaftskrise (3,3) und die Kriminalität (3,2) als direkte Bedrohung wahr.

Als Ohrfeige für alle Polizisten in der Schweiz betrachtet der Präsident des Verbandes Schweizerischer Polizei-Beamter (VSPB), dass die Gewerkschaft der Polizei nicht angehört wird zum sicherheitspolitischen Bericht 2009. Schliesslich stünden die Ordnungshüter täglich im Einsatz zu Gunsten der inneren Sicherheit der Schweiz und seiner Bevölkerung. Allen liege das Gleiche am Herzen: Der Sicherheit unseres Landes zu dienen!

Soweit, so gut. Es wäre aber vielleicht auch interessant zu erfahren, wo der Bevölkerung auf Stufe Gemeinden und Kantone tatsächlich der Schuh drückt, welche sicherheitspolitischen Massnahmen in Aussicht gestellt werden, welche Rechte der Bürger noch hat, umversehrt (vor allem nachts) sich zu Fuss nach Hause zu wagen, wird ohne dass er oder sie angerempelt, bestohlen oder sogar mit dem Leben zu bezahlen hat? Im Bereich der inneren Sicherheit werden die Erhöhung der Polizeipräsenz (81% Akzeptanz) und die Sammlung von Daten verdächtiger Personen (80%) bei den Befragten akzeptiert. Der wunde Punkt liegt dabei nicht bei den eingesetzten Polizisten, sondern bei jenen, die kommunal für die Sicherheit der Bürger verantwortlich zeichnen. Weitgehend fehlt leider ein aktueller sicherheitspolitischer Bericht mit der fadenscheinigen Begründung: «Wir haben alles im Griff!». Tatsächlich? (-r.)

litische Strategie könnte Fähigkeit – Flexibilität – Kooperation sein.

Armee als Machtmittel

Die Armee ist das zentrale sicherheitspolitische Instrument der Schweiz. Ausgangspunkt für die Armee ist die Analyse der Bedrohungen und Risiken, wobei sich daraus ihre Aufgaben definieren lassen. Aus den Aufgaben der Armee leiten sich die notwendigen Mittel ab, d.h. der erforderliche Finanzbedarf. Fatal für die Armee war in der Vergangenheit, dass sich die Ausgestaltung der Armee nicht nach den Bedrohungen und Risiken richtete, sondern nach den verfügbaren Finanzen, eine sogenannte geldabhängige Militärpolitik. Die Folge war eine Uneinigkeit in der Ausgestaltung der Armee mit diversen strittigen Punkten, die noch nicht gelöst sind. Die Armee muss den Bedrohungen und Risiken angepasst werden und keinesfalls den Finanzen. Zuerst muss Klarheit über die Aufgaben der Armee vorhanden sein.

Die verfassungsmässigen Grundlagen der Armee sind in der Bundesverfassung (BV) festgelegt. Art. 58 BV erwähnt das Milizprinzip und Art. 59 BV die Allgemeine Wehrpflicht. Diese beiden vorteilhaften Prinzipien sind aufrecht zu erhalten und Politik und Armeeführung haben von zuwiderlaufenden Massnahmen abzusehen.

Im Rahmen des sicherheitspolitischen Prozesses muss die Politik die Aufgaben der Armee definieren. Die Konfliktverhinderung ist die umfassende Zielsetzung der Armee; diese muss in der Lage sein, mögliche Gegner von einer Aggression abzuhalten. Hauptaufgabe der Armee ist immer noch die Verteidigung der Schweiz und ihrer Bevölkerung im umfassenden Sinne.

Eine weitere Aufgabe der Armee ist die internationale Friedensförderung, wobei die Anzahl der dafür einzusetzenden Angehörigen nicht definitiv festgelegt ist.

Die subsidiäre Unterstützung der zivilen Behörden, die sogenannte Existenzsicherung bleibt weiterhin eine Aufgabe der Armee. In diesem Bereich darf es nicht zu einem Missbrauch der Armee kommen, wenn diese Aufgaben für zivile Organisationen erledigen soll.

Das Leistungsprofil der Armee ist zu definieren, wie z.B. die erwarteten Fähigkeiten des Heeres und der Luftwaffe, aber auch die erforderliche Bereitschaft. Das Aufwuchs-Konzept entspricht nicht der Realität und sollte nicht weiterverfolgt werden. Die Armee muss genügend finanziert sein, damit sie ihre Aufgaben erfüllen kann. Eine ausgabenorientierte Streitkräfteplanung erfordert die Verknüpfung von Aufgaben und Mitteln. Mehr Sicherheit ist durch eine 4-Jahres-Planung und 4-Jahres-Rahmenkredite sicherzustellen. Eine Erhöhung des stetig abnehmenden Verteidigungsetats

erlaubt eine Sicherstellung des Investitionsanteils von mindestens 50%.

Sicherheitspolitischer Bericht

Inhaltlich wäre der sicherheitspolitische Bericht wie folgt zu gestalten:

Zu Beginn sollen die Risiken und Chancen der Schweiz erwähnt werden, z.B. das Spektrum der Bedrohungen und Gefahren, die internationalen Strukturen, die Stellung der Schweiz in Europa. Ebenso sind die Ziele und Interessen der Schweiz darzustellen.

Von Bedeutung ist die Strategie der Schweiz zur Erreichung ihrer sicherheitspolitischen Ziele. Die Umsetzung erfordert Eckwerte wie die Neutralität, die Kompetenzausscheidung zwischen Gemeinwesen und Privaten im Bereich der Sicherheit, Kooperation im In- und Ausland, sowie die Festlegung des Stellenwertes von Allgemeiner Wehrpflicht und Milizsystem.

Die zur Verfügung stehenden sicherheitspolitischen Instrumente müssen beschrieben und ihre Aufgaben definiert werden. Der Armee sind Aufträge zu erteilen und entsprechende Leistungsprofile zugrunde zu legen.

Der sicherheitspolitische Bericht soll den Charakter eines Weissbuches haben, eine grundsätzliche Standortbestimmung mit verschiedenen aussagekräftigen Szenarien enthalten. Er sollte einen Zeithorizont von 10 Jahren abdecken und einmal pro Legislaturperiode aktualisiert werden.

Im Sinne einer politischen Diskussion soll der sicherheitspolitische Bericht vom Bundesrat erarbeitet werden und vom Parlament wenn nötig angepasst und anschliessend genehmigt werden. Der sicherheitspolitische Bericht hat seinen Zweck erreicht, wenn ein tragfähiger sicherheitspolitischer Konsens geschaffen werden kann. Damit ist die Basis gelegt für die Weiterentwicklung der verschiedenen sicherheitspolitischen Instrumente, vor allem der Armee.

Oberst Roland Haudenschild

Mehr «militärische Disziplin»

CHINA. – Staats- und Parteichef Hu Jintao forderte Anfang Februar vor den höchsten Repräsentanten der Streitkräfte mehr «militärische Disziplin». 2,3 Millionen Soldaten des Landes müssten den Befehlen der Partei «mit absolutem Gehorsam folgen». Zur Aufgabe der Streitkräfte zählt neben der Landesverteidigung auch, im Inland für Ordnung zu sorgen. Das chinesische Verteidigungsbudget stieg in den letzten Jahren prozentual meist zweistellig, im Jahre 2008 beispielsweise um 17 Prozent. (-r.)